



## Pressemitteilung

Luxemburg, den 12. April 2016

### Geringe Fortschritte und mangelnder Ehrgeiz bei der Reduzierung der Nährstoffbelastung der Ostsee, so die EU-Prüfer

Wie aus einem neuen Bericht des Europäischen Rechnungshofs hervorgeht, hatten die Maßnahmen der EU zur Reduzierung der Nährstoffbelastung der Ostsee nur eine begrenzte Wirkung. Die Prüfer stellten fest, dass es den Plänen der Mitgliedstaaten an Ehrgeiz und geeigneten Indikatoren fehlt. Die Investitionen in die Abwasserinfrastruktur waren nur teilweise wirksam, die landwirtschaftlichen Maßnahmen entsprechen in ihrem Umfang nicht dem Problem, und der Mehrwert der EU-Strategie für den Ostseeraum ist schwer einzuschätzen.

Die Ostsee ist eines der am stärksten verschmutzten Meere der Welt. Acht Mitgliedstaaten der EU (Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Polen und Schweden) sowie Russland grenzen an die Ostsee an.

Im Zeitraum 2007-2013 belief sich der Beitrag der EU zu Abwassersammelungs- und -behandlungsprojekten in fünf an die Ostsee angrenzenden Mitgliedstaaten auf 4,6 Milliarden Euro. Für Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums, einschließlich des Gewässerschutzes, wurden in allen acht an die Ostsee angrenzenden Mitgliedstaaten weitere 9,9 Milliarden Euro verausgabt. Außerdem kofinanzierte die EU im Zeitraum 2001-2014 in Russland und Belarus Projekte zur Verbesserung der Wasserqualität im Wert von fast 50 Millionen Euro.

Die Prüfer führten in drei an die Ostsee angrenzenden Mitgliedstaaten (Finnland, Lettland und Polen) Prüfbesuche und in allen übrigen an die Ostsee angrenzenden Mitgliedstaaten eine Umfrage durch. Von der EU geförderte Projekte in Russland und Belarus wurden auf der Grundlage von Dokumenten im Besitz der Kommission untersucht. Im Zuge der Prüfung sollte ermittelt werden, ob die Maßnahmen der EU die Mitgliedstaaten wirksam dabei unterstützt haben, die Nährstoffbelastung der Ostsee zu reduzieren. Die allgemeine Schlussfolgerung lautete, dass nur geringe Fortschritte erreicht wurden.

*"Zur Verbesserung der Wasserqualität der Ostsee sind gezieltere Maßnahmen und eine verstärkte Zusammenarbeit mit Russland erforderlich", so Ville Itälä, das für den Bericht zuständige Mitglied des Europäischen Rechnungshofs. "Eine saubere Ostsee ist der Traum von fast 100 Millionen Menschen. Damit dieser Traum Wirklichkeit wird, sollten die betroffenen Länder in weitaus größerem Umfang von ihren Befugnissen Gebrauch machen."*

Die Verschmutzung der Ostsee ist in erster Linie auf die Landwirtschaft zurückzuführen, so die Prüfer, und die Hauptprobleme sind unzureichende Maßnahmen und mangelhafte Ausrichtung. Beispielsweise sind in Polen nur 5 % der Landfläche als "nitratgefährdet" ausgewiesen, was bedeutet, dass der intensive Gewässerschutz nicht auf einer ausreichend großen Fläche betrieben wird. Andererseits ist ganz Finnland als nitratgefährdet ausgewiesen; dies bedeutet, dass intensive Maßnahmen nicht gezielt auf die Gebiete ausgerichtet sind, in denen sie am dringendsten vonnöten sind. Außerdem sind den Prüfern zufolge die Anforderungen der Agrarumweltregelungen nicht immer streng genug.

**Diese Pressemitteilung enthält die Hauptaussagen des vom Europäischen Rechnungshof angenommenen Sonderberichts.**  
Der vollständige Bericht ist auf der Website des Hofes [www.eca.europa.eu](http://www.eca.europa.eu) abrufbar.

## ECA Press

Mark Rogerson - Sprecher

T: (+352) 4398 47063

M: (+352) 691 55 30 63

Damijan Fišer - Pressereferent

T: (+352) 4398 45410

M: (+352) 621 55 22 24

12, rue Alcide De Gasperi - L-1615 Luxembourg

E: [press@eca.europa.eu](mailto:press@eca.europa.eu) @EUAuditorsECA [eca.europa.eu](http://eca.europa.eu)

Trotz einer umfangreichen Förderung von kommunalen Abwasserprojekten durch die EU kam es zu einer Verzögerung der Umsetzung der Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser, und die Europäische Kommission hat die Umsetzung nicht rechtzeitig weiterverfolgt. Dennoch wurde die Nährstoffbelastung aus städtischen Gebieten reduziert.

Die kofinanzierten Projekte in Russland und Belarus scheinen kosteneffizient zu sein. Allerdings geht die Umsetzung nur langsam vonstatten, und die Projekte sind zu klein, um dem tatsächlichen Bedarf gerecht zu werden. Beispielsweise rangiert die Stadt Kaliningrad hinsichtlich der Nährstoffbelastung hinter Sankt Petersburg an zweiter Stelle, doch ist bisher noch keines der im Jahr 2005 für Kaliningrad genehmigten Projekte bezüglich der Wasser- und Umweltdienste abgeschlossen worden.

Die Prüfer unterbreiten den Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission eine Reihe von Empfehlungen. Die Kommission sollte

- die Mitgliedstaaten zur Ausweisung geeigneter nitratgefährdeter Gebiete verpflichten;
- die Einhaltung der Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser zügiger bewerten;
- Projekte fördern, die auf die Reduzierung des Nährstoffeintrags in die Ostsee aus Russland und Belarus abzielen.

Die Mitgliedstaaten sollten

- die Agrarumweltregelungen auf Gebiete ausrichten, in denen sie hinsichtlich der Reduzierung der Nährstoffbelastung die größte Wirkung erzielen können;
- die Vorschriften in ihren Nitrataktionsprogrammen auf der Grundlage der neuesten Studien festlegen;
- ihre Abwasserinfrastruktur so effizient wie möglich planen und bauen.

### **Hinweise für den Herausgeber**

"Eutrophierung" ist der hauptsächlich durch menschliche Aktivität verursachte übermäßige Eintrag von Nährstoffen, vor allem Stickstoff und Phosphor, in einen Wasserkörper. Hohe Nährstoffkonzentrationen führen zu einer intensiven, potenziell toxischen Algenblüte. Da die Ostsee über schmale und flache Sunde und Belte mit den Weltmeeren verbunden ist, kann dasselbe Wasser bis zu 30 Jahre in der Ostsee bleiben. Somit können Stickstoff- und Phosphorgehalt leichter ansteigen, was potenziell bei Menschen, Fischen und sonstigen Tieren gesundheitliche Probleme verursachen und zu Schäden in Seen, Flüssen, Speicherbecken, Strömen und Feuchtgebieten führen kann.

Mit der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie von 2008 wird bis 2020 ein "guter" Umweltzustand der Meeresgewässer der EU angestrebt. Gemäß dieser Richtlinie müssen die Mitgliedstaaten innerhalb der Regionen und Teilregionen zusammenarbeiten, um die Ziele der Richtlinie zu erreichen - wo praktisch und angemessen beispielsweise unter Nutzung der aufgrund von regionalen Meeresübereinkommen bereits vorhandenen Strukturen.

Das einschlägige Übereinkommen für die Ostsee ist das Helsinki-Übereinkommen (auf dessen Grundlage die Helsinki-Kommission (HELCOM) arbeitet) mit dem zugehörigen Aktionsplan für den Ostseeraum, der die Unterzeichnerstaaten zu einer Reduzierung ihres Nährstoffeintrags in die Ostsee verpflichtet.

Im Jahr 2009 verabschiedete der Europäische Rat eine makroregionale Strategie (die Strategie der Europäischen Union für den Ostseeraum), die insbesondere auf die Unterstützung des Umweltschutzes einschließlich der Reduzierung der Nährstoffbelastung abzielt, indem sie eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Nachbarländern und innovative Lösungen fördert.

Hochauflösende Fotos stehen auf der Website des Hofes zur Verfügung; die Wiedergabe ist unter Angabe der Quelle gestattet. Eutrophes Meerwasser. Quelle: HELCOM, Foto von Samuli Korpinen.

Der Sonderbericht Nr. 3/2016 "Bekämpfung der Eutrophierung der Ostsee: Es sind noch weitere und wirksamere Maßnahmen notwendig" ist in 23 EU-Amtssprachen verfügbar.